



Uni-Milliarde war nur „lebensrettende Blutspende“

Forschungsrat-Chef Hannes Androsch fordert mehr Geld für FWF und Unis und hinterfragt Forschungsprämie

Peter Illetschko

Alpbach/Wien – „Einen Tropfen auf den heißen Stein“ nennt der Industrielle Hannes Androsch, Vorsitzender des Forschungsrats, jene Mittel, die dem Wissenschaftsfonds FWF vom Bund für eine „längst notwendige Erhöhung“ versprochen wurden. Die Agentur, die der in Österreich größte Förderer für Grundlagenforschung ist, soll zwischen 2018 und 2021 insgesamt 281 Millionen Euro zusätzlich erhalten.

Auf diese Weise will man das jährliche Budget des Fonds von derzeit 188 Mio. Euro auf 290 Mio. Euro im Jahr 2021 anheben. Androsch betonte im Gespräch mit dem STANDARD: „Man muss auch dann die Summe mit den Mitteln vergleichen, die zum Beispiel der mit dem FWF vergleichbare Schweizer Nationalfonds für die Förderung von Wissenschaft zur Verfügung hat.“ Der FWF hat bei der jüngsten Jahresbilanz Vergleichszahlen präsentiert: Derzeit, also vor der geplanten Erhöhung, erhalte man rund 24 Euro pro Einwohner pro Jahr. Die Schweiz liege bei 97 Euro, ein anderer Innovation-Leader, die Niederlande, bei immerhin 51 Euro, also derzeit auch noch doppelt so viel wie der FWF.

Androsch sieht aber nicht nur Lücken in der kompetitiven Grund-

lagenforschung, sondern auch im Universitätsbudget. Die im Frühjahr mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ, Grünen und Neos beschlossene Anhebung des Uni-Budgets bezeichnete er als „lebensrettende Blutspende“. Von einer relevanten „Aufrüstung“ der Mittel sei man weit entfernt.

Genug Geld für Uni-Plus

Die Universitäten sollen damit für die Jahre 2019 bis 2021 ein Plus von 1,35 Milliarden Euro erhalten. Ursprünglich war in der

Koalition vorgesehen, diese Mehreinnahmen mit einer Studienplatzfinanzierung zu verbinden, die de facto striktere Zugangsregeln zur Folge gehabt hätte. Davon ist man letztlich aber abgewichen.

Dem Argument einiger ÖVP-Politiker, dass die Erhöhung so nicht finanzierbar sei, kann Androsch kurz vor Start der Alpbacher Technologiegespräche nichts abgewinnen. „Das Geld ist da, es wird nur falsch ausgegeben“, wiederholte er sein schon oft gehörtes Argu-



Foto: Reuters/Bader

Für Hannes Androsch, den Vorsitzenden des Forschungsrats, gibt es in der Forschungspolitik noch immer wenig Grund zur Freude.

ment für eine bessere Umverteilung. Österreich habe eine sehr hohe Steuerquote, Initiativen wie der „Pensi-Hunderter“ würden aber unnötig viel Geld verschlingen. Stattdessen müsse das Land endlich mehr auf die Zukunft setzen. „Wir sandeln sonst in die Bedeutungslosigkeit ab.“ Androsch kritisiert aber auch, „dass das Zugangsmanagement für Universitäten wieder nicht geglückt ist“.

Lobend erwähnt Androsch nur die Aufstockung der Nationalstiftung auf 420 Millionen für die Zeit von 2018 bis 2020. Bezüglich der mit 1. Jänner 2018 auf 14 Prozent wachsenden Forschungsprämie, einer Art Standortprämie für Forschung treibende Unternehmen, sagte Androsch, man dürfe „nicht alle Jetons auf die Forschungsprämie setzen“. Ein von ihm noch nicht gehörtes Statement.

Der Industrielle kritisierte den Teilabgang des US-amerikanischen Biotechunternehmens Shire (vormals Baxalta), das im Juni die Streichung von 650 Jobs in Österreich bekanntgab.

Shire habe natürlich von der Prämie profitiert, einer steuerlichen Erleichterung für die Kosten bereits durchgeführter Forschungen. Ludovit Garzik, Geschäftsführer des Forschungsrats, ergänzt dazu: „Das ist natürlich nicht gut für das Image des Standortes.“